

Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 15. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag 20. Januar 2005	Sitzungsbeginn 10.00 Uhr	Sitzungsende 10.50 Uhr	Sitzungsort Rembertiring 8-12 28195 Bremen
---------------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 15. Dezember 2004
- TOP 3 Verschiedenes
- TOP 4 Reform der Kultusministerkonferenz (Beschluss der MPK) und Beratungsschwerpunkte der 308. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 16. Dezember 2004 in Bonn Vorlage L 76
- TOP 5 Bericht über die Gewalt an Schulen Vorlage L 78
- TOP 6 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen Vorlage L 79
Hier: Neue Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01.05.2005
- TOP 7 Einrichtung eines Projekts „Schule macht sich stark“ (SMS) Vorlage L 80
- TOP 8 Verordnung über den Erwerb der Abschlüsse durch Abschlussprüfungen im Sekundarbereich I Vorlage L 81
- TOP 9 Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben (LRS Erlass) Vorlage L 82
- TOP 10 Rahmenkonzept zur schrittweisen Umsetzung der für alle Grundschulkindern verbindlichen Einführung der Verlässlichen Grundschule in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven Vorlage L 83/ G 82
- TOP 11 Sachstandsbericht zum länderübergreifenden Projekt VERA (Vergleichsarbeiten) im Schuljahr 2004/2005 Vorlage L 84
- TOP 12 Maßnahmen zur Senkung der Wiederholerquote Vorlage L 85 / G 81

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 11 „Sachstandsbericht zum länderübergreifenden Projekt VERA (Vergleichsarbeiten) im Schuljahr 2004/2005“ wird als Tagesordnungspunkt 4 behandelt. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 15. Dezember 2004

Das Protokoll vom 15. Dezember 2004 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Ein **Infoplatkat der Jacobs-Foundation** zu den Sommercamps wurde verteilt.
2. Frau Stahmann regt an, im Frühjahr 2006 eine **Deputationsreise in die Niederlande** zu unternehmen. Herr Rohmeyer schlägt vor, auch Flandern einzubeziehen. Senator Lemke sagt, dass die Vorbereitung der Reise von Herrn Schulz koordiniert werde.
3. Senator Lemke berichtet, dass die aufgrund von Hinweisen aus der Grundschule die **Lernentwicklungsberichte in ihrer äußeren Form** überarbeitet wurden. Frau Hövelmann dankt der Behörde für die schnelle Verbesserung.
4. Frau Allers bittet um einen **Sachstandsbericht zur Einführung von „LINUX“** und um Darstellung der Kostenersparnis. Weiterhin fragt sie nach möglichen Auswirkungen auf die Kooperation mit Microsoft

Senator Lemke sagt die Beantwortung der offenen Frage zur nächsten Sitzung zu.

**TOP 4 Sachstandsbericht zum Länderübergreifenden Projekt VERA Vorlage L 84
(Vergleichsarbeiten) im Schuljahr 2004/2005**

Senator Lemke bedauert, dass sein Dank an die beteiligten Lehrkräfte von den Medien nicht in der von ihm erhofften Art und Weise weitergegeben wurde. Er bekräftigt, dass die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten gezeigt haben, dass die unternommenen Bemühungen sich auszahlen. Es sei wichtig, dort weiter zu machen und gemeinsam alles zu unternehmen, um die Qualität von Schule zu verbessern, um dann zukünftig auch in Orthographie und im Lesen bessere Ergebnisse zu erzielen. Frau Hövelmann bittet, diesen Punkt im Februar wieder aufzurufen, um dann in eine inhaltliche Diskussion einsteigen zu können. Frau Stahmann bemerkt, dass der Übergang vom Kindergarten in die Schule wichtig sei und fragt, was nach der 4 Klasse mit Kindern geschehe, bei denen Förderbedarf festgestellt wird.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

Die Vorlage wird zur Beratung in der Februarsitzung der Deputation für Bildung wieder aufgerufen.

**TOP 5 Reform der Kultusministerkonferenz (Beschluss der MPK) und Vorlage L 76
Beratungsschwerpunkte der 308. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 16. Dezember 2004 in Bonn**

Beschluss:

Die Deputation nimmt den Bericht zur Reform der KMK zur Kenntnis.

**TOP 6 Ergebnisse einer Schulleiterbefragung zum Thema Gewaltbe- Vorlage L 78
lastung, Präventionsstrategien und Unterstützungsbedarfe**

Senator Lemke erläutert die Hintergründe der Schulleiterbefragung. Er verweist auf die diversen guten Projekte, die nun von möglichst vielen anderen Schule übernommen werden sollten. Als besonders positiv hebt Senator Lemke die Kooperation mit den Sozialen Diensten und der Polizei hervor. Ein besonders Lob spricht er der Tami-Oelfken-Schule und dem Schulzentrum Obervieland aus. Frau Hövelmann ergänzt, dass sich die flächendeckende Befragung als sinnvoll erwiesen habe, da hierdurch die Schulen neue Anstrengungen in diesem Bereich

unternommen haben. Sie vertritt die Ansicht, dass dieses Thema weiterhin einen Schwerpunkt der Deputation für Bildung bilden sollte. Frau Schmidtke weist darauf hin, dass die Bemühungen der Schulen vor Ort unterstützt werden müssen. Leider seien viele Maßnahmen mit Kosten verbunden. Hier sollte versucht werden, z. B. auch die Träger sozialer Belange zu beteiligen. Sie weist auf ein Angebot der Universität für ein Kommunikationstraining für Lehrkräfte und Eltern hin. Frau Stahmann lobt den Bericht und regt an, dass die Schulen einmal pro Jahr eine eigene Abfrage durchführen sollten. Ihrer Ansicht nach ist es notwendig, die Elternarbeit weiter auszubauen. Frau Kiese (ZEB) unterstützt dies und sagt, dass die Beteiligung der Eltern zwar auf der zentralen Ebene sehr gut funktioniere, vor Ort jedoch teilweise noch verbessert werden könne. Herr Rohmeyer weist darauf hin, dass ein wichtiger Punkt auch die Lehrerbildung sei, künftige Lehrer sollten lernen, wie man Gewaltprozesse erkennen und beheben kann. Frau Hövelmann regt an, die sogenannte Feed-back-Kultur über ein Konzept der Behörde in einigen Pilotschulen einzuführen. Herr Lückert antwortet, dass an diesem Nachmittag 8 Schulen in das Bertelsmann Programm „INIS“ zur Selbstevaluation eingeführt würden, ein wichtiger Aspekt dieses Programms sei die Einführung einer Feed-back-Kultur. Ein Bericht hierzu werde zu gegebener Zeit vorgelegt.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Untersuchungsbericht zur Kenntnis und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft, ihn an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) weiterzuleiten. Darüber hinaus erwartet sie einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen zum Schuljahresende 2004/2005.

TOP 7 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen Vorlage L 79
Hier: Neue Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01.05.2005

Senator Lemke weist auf die hohe Attraktivität Bremens hin, die durch die hohen Bewerberzahlen zum Ausdruck komme.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der als Anlage 1 beigefügten Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zu.

Sie nimmt die Aufstellung über die Anzahl der Bewerbungen um Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zum Einstellungstermin 01. Mai 2005 (Anlage 2) und die Liste der am 01. Mai 2005 bereits besetzten Fächer (Anlage 3) zur Kenntnis.

TOP 8 Projekt „Schule macht sich stark“ (SMS)

Vorlage L 80

Frau Hövelmann begrüßt die Vorlage und fragt, wie hoch die Fortbildungsbudgets seien. Frau Stahmann fragt, wie die externen Experten ausgesucht würden. Sie begrüßt die Einbeziehung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds und die Aufnahme der Empfehlungen des Runden Tisches Bildung. Frau von Ilsemann antwortet, dass die Schulen dieses Jahr ein Budget in Höhe von 20.000 € zur Verfügung hätten. Allerdings müssen aus diesem Budget gegebenenfalls auch die Veranstaltungen des LIS gezahlt werden. Die bestehenden Expertenteams sollen auch hier eingesetzt werden.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Einrichtung eines Projekts „Schule macht sich stark“ (SMS) zur Kenntnis. Sie bittet um erneute Berichterstattung im Herbst 2005.

TOP 9 Verordnung über den Erwerb der Abschlüsse durch Abschlussprüfungen im Sekundarbereich I

Vorlage L 81

Frau Voigt (GSV) fragt, warum bei den Prüfungen nur Elternvertreter und keine Schülerinnen und Schüler zugelassen seien. Herr Henschen antwortet, dass dies durch das Schulverwaltungsgesetz festgelegt sei.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf der Verordnung über den Erwerb der Abschlüsse durch Abschlussprüfungen im Sekundarbereich I zur Kenntnis.

TOP 10 Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben (LRS-Erlass)

Vorlage L 82

Herr Rohmeyer bemängelt, dass immer noch Schulen nicht über die Regelungen hinsichtlich der LRS-Förderung informiert seien. Er bittet darum, die Schulen noch einmal angemessen zu informieren. Frau Schmidtke regt an, die Eltern auf die Möglichkeiten zur häuslichen Förderung hinzuweisen. Gleichzeitig müssten die Eltern jedoch auch für die Gefahren einer Überforderung der Kinder sensibilisiert werden. Sie ergänzt, dass LRS auch im Bereich Mathematik berücksichtigt werden müsse, da die Kinder ja z. B. Textaufgaben lösen müssen. Frau Kiese (ZEB) weist darauf hin, dass auch die erst später diagnostizierten Kinder in die Förderung einbezogen werden müssen. Senator Lemke sagt eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich zu.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt dem vorgelegten Erlass „Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben“ zu.

TOP 11 Rahmenkonzept zur schrittweisen Umsetzung der für alle Kinder verbindlichen Einführung der Verlässlichen Grundschule in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zu

Vorlage L 83 / G 82

Frau Stahmann weist darauf hin, dass Bremerhaven erst ab 2005/2006 schrittweise die Verbindlichkeit einführen wolle. Ihrer Ansicht nach sollte ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, den Eltern die Bedeutung der Verbindlichkeit deutlich zu machen. Frau Hövelmann bittet eindringlich darum, dass zukünftig immer ein Behördenvertreter aus Bremerhaven an den Sitzungen der Bildungsdeputation teilnimmt.

Beschluss

Die Deputation nimmt das Rahmenkonzept zur schrittweisen Umsetzung der für alle Grundschulkinder verbindlichen Einführung der Verlässlichen Grundschule zur Kenntnis.

TOP 12 Konkrete Vorbereitung von Maßnahmen zur Senkung der Wiederholerquote

Vorlage L 85 / G 81

Senator Lemke bittet auf der 2. Seite im letzten Absatz zu Punkt B. vor „nicht“ ein „noch“ und vor „Ferienkurse“ durch das Wort „Osterferienkurse“ zu ersetzen. Herr Rohmeyer begrüßt das Konzept und spricht die Hoffnung aus, dass dies eine sehr positive Wirkung entfalten werde. Er bittet um Rückmeldung, wie viele Schülerinnen und Schüler an den Kursen teilnehmen. Frau Voigt (GSV) fragt, ob die Kurse nur in den Ferien oder auch unterrichtsbegleitend angeboten werden sollen. Sie kritisiert, dass zum Beispiel das Kippenberg Gymnasium nur mehr Hausaufgabenhilfe anbiete. Frau Stahmann berichtet, dass in Bremerhaven sowohl präventive als auch fortlaufende Angebote unterrichtsbegleitend angeboten würden. Eine Kombination wäre ihrer Ansicht nach sinnvoll. Frau Schmidtke berichtet von positiven Rückmeldungen der Lehrkräfte, die diese Maßnahme voll unterstützten. Sie dankt den Lehrkräften für ihr Engagement. Frau Böschen fragt, ob die Osterferienkurse nächstes Jahr in Bremerhaven beginnen sollen. Herr Feuser sagt, dass die Ferienkurse täglich von 10.00 bis 15.00 Uhr stattfänden, die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler gingen zuvor einen entsprechenden Kontrakt ein. Frau Wangenheim fragt, ob dem Kippenberg Gymnasium eine Unterstützung gegeben werden könne. Senator Lemke antwortet, dass er die Rückmeldung habe, dass insbesondere das Kippenberg Gymnasium in den 5. und 6. Klassen besondere Fördermaßnahmen organisiert habe. Frau Kiese (ZEB) berichtet von ganz unterschiedlichen Modellen hierzu. So gäbe es zum Beispiel „Schülerfirmen“ die Nachhilfe anböten. Sie regt an, die verschiedenen Beispiele zu sammeln und den Schulen als Anregung zur Verfügung zu stellen. Frau Voigt (ZEB) kritisiert, dass kostenpflichtige Angebote wie die der Schülerfirmen der ursprünglichen Intention entgegenstünden.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Vorbereitung von Maßnahmen zur Senkung von Wiederholerquoten zur Kenntnis.